

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Ercheint an jedem Werktag, Beilagen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Bezugspreis im Januar M. 550.— durch die Post mit Beleggeld M. 550.— Einzelnummer M. 25.—

Anzeigen-Gebühr für die einseitige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung M. 35.— bei mehrmaliger Rabat nach Tarif. Bei gerichtl. Betreibung u. Konkurten ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Wir sind bestrebt, alle in der Welt verbreiteten Zeitungen zu beschaffen, um sie unseren Lesern zu bestmöglicher Ausbeute zu liefern. Zu diesem Zweck erheben wir Beiträge für die Anschaffung der Zeitungen, die wir nicht selbst beschaffen können. Diese Beiträge sind von jeder Art und werden von uns selbst getragen.

Telegraphen-Adresse: Gefellschaffer Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 10

Samstag, den 18. Januar 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Die württembergische sowie die bad. und bayer. Regierung haben in Kundgebungen anlässlich des Franzosenmarsches ins Ruhrgebiet veranlaßt, daß der nächste Sonntag als Trauertag gilt und sämtliche Luftfahrten zu unterbleiben haben.

Die deutsche Regierung hat den Ruhrjuden erklärt, daß die Lieferungen von Reparationsloshen, die sich noch etwa ausgeführt werden sollten, nicht bezahlt werden. Infolgedessen sind die Kohlentransporte nach Frankreich und Belgien eingestellt worden.

Nach dem „Matin“ ist mit einer weiteren Ausdehnung der Besetzungszone im Ruhrgebiet zu rechnen.

Die englische Regierung verhält sich bei dem französischen Vertragsbruch in wohlwollender Neutralität und beläßt ihre Vertreter in der Botschaftsconferenz und den Kontrollkommissionen.

König Konstantin von Griechenland ist in Palermo in der Verbannung an einem Schlaganfall gestorben. Der König war bekanntlich ein Schwager des Kaisers Wilhelm II.

Wochenrundschau

Wir haben wieder den Krieg. Allerdings einen löblichen Krieg. Das in Waffen starrnde Frankreich mit seinem Dreiviertelmillionenheer fällt mitten im Frieden und unter Berufung auf den Friedensvertrag über das wehrlose und unter schwerster wirtschaftlicher Last fast zusammenbrechende Deutschland her und entzieht ihm gerade denjenigen Reichsteil, der allein noch befehligt war, größere Mittel zur Abwehr der ungeheuerlichen Kriegskontributionen aufzubringen. Am 11. Januar sind zunächst zwei französische Divisionen ins Ruhrgebiet eingerückt und annähernd eine Division belgischer Truppen hat vom nördlichen Teil dieses Gebiets Besitz ergriffen. Es ist gar kein Zweifel, daß dieser brutale Verstoß völkerrechtlich einen Kriegszustand darstellt, der bei jedem andern Volk ohne weiteres bewaffnete Gegenwehr zur Folge haben müßte. War es Hohn oder Heuchelei oder beides, daß Poincaré und seine Presse in der Anzeige des Einbruchs an die deutsche Reichsregierung behaupteten, die Truppenmacht verfolge nur friedliche Zwecke und habe keine andere Aufgabe, als den zur „Kontrolle“ d. h. Ueberrahme der deutschen Kohlenruben und großen Industriewerke entlassenen französischen, belgischen und (zwei) italienischen Ingenieuren und ihren Anordnungen die nötige Sicherheit zu gewährleisten? Hundert Ingenieure brauchen also, nach Poincaré, zu ihrer Sicherheit ein Heer von gut und gern 50 000 Mann mit Panzerwagen, schweren und leichten Geschützen, Bombenwerfern, Fliegern usw. in einem Land, wo weit und breit kein Reichwehresoldat zu sehen ist und nur jeder dritte Mann der spärlichen Schutzpolizei eine Flinte hat? Lloyd George, der in seinen Enthüllungen über Poincaré und die französische Politik fortfährt und „seine Leute“ ja doch genügend kennt, nannte dieser Tage in Zeitungsartikeln die „friedliche Expedition“ einen unerschämten Raubzug im Stil eines Ludwigs XIV. und eines Napoleons, mit dem Frankreich sich deutscher Länder bemächtigen und sich auf Deutschlands Kosten bereichern wolle. Es sei eine alte geschichtliche Erfahrung: so oft die Mißwirtschaft das eigene Land in finanzielle Not brachte, habe Frankreich einen Raubkrieg angefangen und die Nachbarn bis aufs Blut ausgebeutet.

Warum hat aber Poincaré seine hundert Ingenieure geschickt? Nun, Deutschland hat seit dem letzten Sommer nicht so viel Telegraphenstationen, Pflasterstraßen und Kohlen abgesehen, als ihm von der Entschädigungskommission auferlegt und leider von der damaligen Regierung zugelassen worden waren, denn die volle Lieferung war eben ein Ding der Unmöglichkeit. Bezüglich des Holzes braucht man schon gar kein Wort zu verlieren; ein Blick auf die Holznot und die Holzpreise in Deutschland erklärt jedem vernünftigen Menschen alles. Das englische Mitglied der Entschädigungskommission Sir John Bradburn konnte es daher mit vollem Recht einen „abscheulichen Mißbrauch des Holzes“ nennen, wenn trotzdem seine Kollegen, der Herr Franzose, der Herr Belgier und der Herr Italiener in der Minderlieferung eine abschließliche und schuldvolle „Verfehlung“ entdeckten. Mit den Kohlen verhält es sich nicht anders. Es wurde Deutschland zum Vorwurf gemacht, daß es seit Juli 1922 durchschnittlich mit 300 000 Tonnen (1,3 Millionen waren zu liefern) im Monat im Rückstand geblieben sei; es hätte mehr leisten können, wenn es gewollt hätte, denn es habe doch vor dem Krieg im Jahr 1913 noch 17,8 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich und Luxemburg verkauft. Ganz richtig. Aber im Juni 1921 wurde durch den unerforschlichen Ausschluß des Völkerbundsrats das Hauptkohlengebiet Oberschlesien vom Reich losgerissen und aus den deutschen Saargruben holt seit 1918 Frankreich unmittelbar eine Million Tonnen monatlich heraus. Obendrein beliebt es Frankreich, allmonatlich beträchtliche Mengen Ruhrkohlen im Ratwille zurückzuweisen, weil sie ihm nicht gut genug sind.

Diese Gründe für die Minderlieferung, die, so sollte man meinen, stichhaltig genug sind, wurden von mehreren deutschen Sachverständigen, die die Ehre hatten, am 8. und 9. Januar vor der Entschädigungskommission erscheinen zu dürfen, überzeugend vorgetragen. Sie hätten sich die Reue nach Paris-Verträgen können, denn das Urteil war längst fertig und von Poincaré seinem Freund Bradburn befohlen: Deutschland ist schuldig, weil es schuldig sein muß, um für die französische Politik einen Vorwand für die erste Hauptaktion zu liefern. Klappete es nach dem angeführten Ausspruch Bradburns nicht mehr so recht mit den Telegraphenstationen, so ging es umso besser mit den Kohlen. Bradburn protestierte gegen den zweiten Schuldpruch; der amerikanische Beobachter Woodson erklärte, er könne keine Schuld Deutschlands entdecken, er finde, vielmehr die Nichterfüllung sehr begreiflich. — Das Kleeblatt aber beschloß in ein paar Minuten die „abschließliche Verfehlung“ und Herr Louis Bradburn schloß damit seine Akten, um auf einige Zeit auf seinen Vorbeeren anzusurufen.

Freund Poincaré hatte nun das Dokument in der Tasche, das ihm nach seiner willkürlichen Auslegung des Friedensvertrags das „Recht“ gibt, mit Deutschland anzufangen, was ihm beliebt. In einem mißrätlichen Einmarsch in rechtsrheinisches Land und dessen Besetzung würde indessen auch die vernünftigste Auslegung keine Handhabe bieten, hat doch Bradburn früher selbst einmal erklärt, daß nichterfüllte Sachlieferungen, ob absichtlich oder nicht, nur durch entsprechende Verzählungen ausgeglichen werden können. Poincaré hatte schon einige Tage, bevor der Urteilspruch gefällt war — ein Zeichen, was von dem Spruch zu halten ist —, einen großen Teil des französischen Heers — nach einem Pariser Blatt 300 000 Mann — in Bereitschaft sehen lassen. Jäger um Jäger rollten mit weichen Franzosen und braunen Spahis aus Algerien heran und am 10. Januar sollte „friedlich“ einmarschiert werden. Warum der Einmarsch sich nun 24 Stunden verzögerte, wo doch alles schon lange „erbetet“ war, ist noch nicht aufgeklärt. Einige meinen, Raschall habe Schwierigkeiten gemacht. Kaum wahrscheinlich, denn Raschall hat den Verrat an dem ehemaligen deutschen Verbündeten nicht schwerer genommen als der italienische Ministerpräsident Salandra im Jahr 1918, der die berechnete, heimliche Selbstsücht Italiens zum Vorwand der Kriegserklärung nahm.

Nun sind die Ingenieure mit ihren vorläufig 30 000 Mann im Ruhrgebiet. Aber wohlgemerkt, das ist nur der erste Teil des Dramas, das Poincaré der Welt vorspielen will: die angebliche Herbeiführung der „böswillig veräußerten Sachlieferungen“. Als ob ein Mensch auf der Welt glauben würde, daß wegen der paar Tonnen Kohlen ein solcher Apparat aufgewendet würde, der Hunderte von Millionen Goldfranken kostet! Der zweite und Hauptteil kommt erst nach dem 15. Januar, an dem Deutschland 500 Millionen Goldmark bezahlen soll, die es nicht hat und also auch nicht bezahlen kann. Darum hat Poincaré mit dem Einmarsch so preffiert und darum hat er ihn — wohl auf den Rat des Marschalls Foch — nicht, wie ursprünglich geplant, nach dem 15. Januar ins Werk gesetzt; beide Verfehlungen sollten jede für sich behandelt und bestraft werden. Die Entschädigungskommission hat jetzt nur noch das weitere Dokument auszustellen und die von Deutschland nachgeforderte Fristverlängerung für die fällige Zahlung abzulehnen. Und sie wird das gegen die Stimme Bradburns prompt besorgen, dafür bürgt der Name Bradburn. Wer wird auch einem böswilligen Schuldner Zahlungsfrist gemähren! Dann aber kommt die „Hauptaktion“ in dem seit 1918 besetzten linksrheinischen Rheinland: Beschlagnahme des Staatsvermögens, Rhein-zollgrenze, Ausweisung der deutschen Beamten usw., kurz die tatsächliche, wenn auch vielleicht noch nicht förmliche Besitzergreifung durch Frankreich. Was ein Ludwig XIV. nur erträumte, wird ein Poincaré erfüllen, ohne einen Tropfen des kostbaren französischen Wuts zu opfern. Landesvertreter gibt es ja leider auch im Rheinland, die im rechten Augenblick Frankreichs Hilfe erbitten werden, um von dem barbarischen Pöbel erlöst zu werden. Außerdem sorgt Poincaré im Sinn seiner geistigen Ahnen für reichlichen materiellen Gewinn seiner Landsleute, denn der famose Siegeszug ins Ruhrgebiet hat doch keinen andern Zweck als den der Handels- und Industriespionage und womöglich die völlige Vernichtung des den französischen Kapitalisten so lästigen deutschen Wettbewerbs. Poincarés Name wird den des Sonnenkönigs überstrahlen.

Oder nicht? Es gibt Leute — nicht bloß in Deutschland —, die daran zweifeln und meinen, der Frochmänschke Poincaré werde mit einer sündlichen Viamage endigen. Eine ärgerliche Enttäuschung haben die Franzosen bereits erlebt. Sie erwarteten nicht anders, als daß die deutsche Reichsregierung wieder zu Kreuze kriechen werde, wenn sie nur in allüberlieferter Art einen rechten Spektakel machten. Die Franzosen kennen den Reichskanzler Cuno ja schlecht. Am 8. Januar schon ließ der Reichskanzler die Welt wissen, daß die Reichsregierung und das deutsche Volk sich der brutalen Gewalt nicht beugen werden; das französische Vorgehen sei ein Vertragsbruch und eine Gewalttat gegen ein wehrloses Volk. Dr. Cuno bediente sich bei seiner Abwehr des bestgeeigneten Sprachrohrs, der amerikanischen Zeitungsvertreter

in Berlin; in 24 Stunden waren seine Worte in der ganzen Welt bekannt und sie haben sicherlich den besten Eindruck gemacht, gerade in Amerika, wo man über die deutsche Hochgebiltheit, die dem Amerikaner immer unbegreiflich und unempfindlich war, nur den Kopf zu schütteln pflegte. Gleich darauf wurde im ganzen Ruhrgebiet ein vom Reichskanzler gegengezeichnete warmherziger, vortrefflicher Aufruf des Reichspräsidenten Ebert an die bedrohte Bevölkerung angeschlagen, der u. a. die feindliche Gewalt vor aller Welt anklagt und erklärt, daß sie die Ausführung des Friedensvertrags zur Unmöglichkeit mache. Der Reichsminister des Innern von Rosenfeld hat ferner durch das Württembergische Telegraphenbureau eine Mitteilung verbreiten, die alle Beschlagnahmungen der Feinde — je muß man jetzt wieder sagen — Punkt für Punkt widerlegt und umgekehrt den Beweis für ihren dreifachen Vertragsbruch führt. Am 10. Januar berichtete der Reichskanzler im auswärtigen Ausschuss des Reichstags über die Lage und legte den Standpunkt der Regierung dar; der Gewalt können wir keine Gewalt entgegenstellen, aber die Regierung wird sich der feindlichen Gewalt nicht fügen und den Vertragsbrüchigen Staaten gegenüber unbeeugten den Rechtsstandpunkt festhalten. Mit Vertragsbrüchigen verhandelt man nicht mehr; was zu sagen ist, so durch den Verband als solchen gesagt werden. Vertragsbrüchigen gegenüber ist, wenigstens über die Dauer des Vertragsbruchs, jede Verpflichtung aus dem Friedensvertrag und anderen unterschriebenen Abkommen hinfällig. Das will besagen, daß es für die Zahlung vom 15. Januar keine Fristbewilligung mehr bedarf. Herr Bradburn braucht sich also zunächst nicht weiter zu bemühen; selbstverständlich gehen die Kosten des Ruhr-Abenteuers auf Rechnung seiner Unternehmer, — Deutschland bezahlt nicht alles. Die Reichsregierung wird auch bei allen Staaten der Welt, wo man lesen und schreiben kann, Protest erheben gegen die rechtlose, feige Vergewaltigung. Was sonst noch zu geschehen hat, wird davon abhängen, wie „die andern“ sich benehmen.

Die Mahnung des Reichskanzlers an den Ausschuss aller Parteihaber zu vergessen und in der Stunde der Gefahr treu zur Regierung zu stehen, fand allseitig ein offenes Ohr und ein williges Herz. Zur Abwehr des fremden Uebermuts wird das ganze deutsche Volk wie ein Mann bereit sein und die Feinde sollen erfahren, daß Deutschland denn doch kein Spielball fremder Willkür ist. Aus allen Städten und Dörfern, nicht zum wenigsten aus den bedrohten Gebieten selbst hat die Regierung begeisterte Telegramme entgegennehmen dürfen. Regierung und Landtag in Preußen, Baden und Württemberg haben in erhebenden Kundgebungen die Einheit von Nord und Süd bezeugt. Die Vertretungen aller wirtschaftlichen Gruppen des Reichs haben die bedingungslose Unterstützung zugesagt. Parteien, Gewerkschaften — alle sind einig in dem Willen, den bösen Anschlag zu machen. Der ausgesprochene Aufruf, den Reichspräsident Ebert am 11. Januar an das ganze deutsche Volk richtete, indem er es zur Einheit und Würde anforderte, wird auf fruchtbaren Boden fallen und der nächste Sonntag wird allüberall in deutschen Landen aufrichtig als ein Trauertag begangen werden.

Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: jetzt beginnt die schwerste Zeit für uns seit Niederlegung der Kriegswaffen. Sie mußte kommen, das war jedem Einsichtigen längst klar, und sie wird vielleicht schwerer werden als die Kriegszeit selbst. Aber wir müssen hindurch, nur dann kann wieder eine bessere Zeit kommen. Und sie wird und muß kommen, es kommt nur darauf an, ob das deutsche Volk sich in seiner schwersten Stunde bemüht. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft und der deutschen Mark, und damit das Schicksal Europas, kann den andern Mächten nicht gleichgültig sein. Deutschland war der solideste und größte Kunde der angelsächsischen Wirtschaftswelt. Jetzt ist uns auch Gelegenheit gegeben, die Achtung der Welt zurückzugewinnen. Verfügen wir diese vom Himmel gesandte Gelegenheit, dann allerdings ist Gefahr, daß wir für immer aus der Reihe der großen Völker gestrichen werden.

Unmittelbare Hilfe von außen dürfen wir nicht erwarten. England und Amerika sind große Fragezeichen, und wer aus den Verträgen der letzten Zeit über die Haltung der beiden Mächte hingeworfen ist, verdient einen Nobelpreis. England großt auf Frankreich; seit Napoleon hat kein Mensch und kein Volk gewagt, es so zu behandeln, wie Poincaré und die Franzosen es jetzt behandeln. England ist selbst schuld daran, es hat entgegen seiner alten bewährten Politik aus lauter Neid gegen das stolze Deutschland Frankreich viel zu mächtig werden lassen, als daß es ihm jetzt, wo die wichtigsten Lebensinteressen Englands durch Frankreich aufs schwerste bedroht werden, Widerstand entgegenzusetzen könnte. England steht abseits und — wartet ab, mit Bedauern, aber nicht ohne Sympathie — für Frankreich nämlich, wie ein Londoner Blatt sagte. Amerika wartet auch ab. Es ruft zwar seine Truppen aus dem Rheinland ab, aber es wäre wohl ein Jertum, zu glauben, daß dies Deutschland zuleb oder Frankreich zuleid geschähe. Der amerikanische Senat befürchtet, daß das Vorgehen Frankreichs blutige Verwicklungen nach sich ziehen könnte und in folge sollten die amerikanischen Truppen nicht verwickelt werden.

bezug 400 000 bis
4. Rube 400 000 bis
Kinder 150 000 bis
zugeführt. Auf dem
Schweine zugeführt
000 M. für Rück-
Die Markt war mit
en, 103 Kalbela and
den: ein Farren mit
150 Pfund 2 150 000
intern 2 Mill. Mk.,
000 M. 2500 Pfund
Pfand 1 200 000 M.
000 M. 2170 Pfund
Pfand 772 800 M.
und mit 770 Pfund
0 Pfund 235 000 M.
bezahlt.

Veränderung: Infolge-
nach mit Schneefällen

9 Jan. 1923.

ung.

herzlicher Teil-
heit und beim
ter und Lente

chühle

in herzlichsten

den Hinterbilde-

b Schühle.

altung Nagold.

en wir 110

idchen.

geben, das Kochen

eingetroffen:
oberne

für Sinnen

kuster für

usen

änder.

r, Nagold.

umwolltuch

ter 880. — M.

p. Meter 1080. — M.

p. Meter 1080. — M.

ber 2 Pfund schwer,
ate weiche Qualität,
er Süd 2800. — M.

Wenn nicht ent-
eine Musterendung.
den 395, Oberplatz.

Nagold. 109

wenlichtspiele.

Ab Freitag 8.15
ntag seine Vorstrüg.)
ntag 2.30, 4.30, 8.15

haus des
Bergeffens

ma aus dem Leben
in 5 Akten

ein Wildweststücker

Tochter der Wildnis

Randiter Drama
in 3 Akten.



Uns verschiedenen Gründen wird aber Amerika, das Poincaré Politik nicht billigt, schon auf den Plan treten, wenn es die rechte Zeit gekommen glaubt, nur wollen sie Respekt vor uns haben. Darum noch einmal: halten wir aus! Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren so vieles erduldet, daß es auch die letzte schwere Probe bestehen kann. Sie wird von umso kürzerer Dauer sein, je standhafter sie uns findet.

Poincaré, der Triumphator

Paris, 12. Jan. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde Ministerpräsident Poincaré mit lautem Beifall begrüßt. Er ergriff das Wort und sagte u. a., seine Regierung habe der deutschen Reichsregierung eine Zahlungsfrist ohne Pfänder verweigert, weil das französische Volk schon zuviel Geduld gezeigt habe. Gegenüber dem englischen Plane für Frankreich finanziell nicht imstande, einer Herabsetzung seiner Forderungen oder deren Gleichstellung mit den Verbandskriegsschulden zuzustimmen. Es sei nicht zu hoffen gewesen, daß die deutsche Regierung freiwillig etwas tue, um dem Skandal der Kapitalflucht ein Ende zu machen, man mußte sie also überraschen und zwingen. Deshalb sei die Pfänderergriffung nötig gewesen. Das französische Programm habe nur eine wirtschaftliche Ueberwachung schaffen wollen ohne militärisches Eingreifen, durch die man einen Druck auf die deutsche Großindustrie ausüben konnte. An dem englischen Vorschlag sei besonders zu loben, daß er einen Banker aus Frankreich mit einem deutschen Mitglied vorsehe. Der Vertrag sei für Frankreich inneres Staatsgeschick (er wird aber gebrochen, so oft er Poincaré vorteilhaft dünkt). Heute können die Regierung die Finanzen nicht frei schalten und walten lassen. Frankreich und England können ehlich miteinander verhandeln ohne ihr Bündnis in Gefahr zu bringen.

Es sei notwendig gewesen, die Verfehlungen Deutschlands in den Holz- und Kohlenlieferungen festzustellen. Es stelle zweimal so viel Eisen als seine Landwirtschaft nötig habe, aber man sei bei den Verhandlungen über Menge und Preis der Ablieferung nur auf Schikanen gestoßen. Auch die Schiffe, die Frankreich erhalten mußten, seien noch nicht vollkommen geliefert. Auf das französische Programm der Verwendung deutscher Arbeiter (zu der bekannten Fronarbeit im Westkriegsgebiet, D. Schr.) sei keine Antwort eingegangen. Nach dem Vertrag von Versailles dürfe Deutschland die ergriffenen Maßnahmen nicht als feindselige Handlungen betrachten. Die französischen Ingenieure seien in Essen eingetroffen und die Truppen lagerten um die Stadt herum. (Klangvoller Beifall.) Frankreich sei nicht allein. (Die Kammer bringt dem anwesenden belgischen Vorkämpfer eine Huldigung dar.) Auch zwei italienische Ingenieure seien dabei. (Huldigung an der italienischen Vorkämpfer). Der Einmarsch diene Lebensinteressen der Verbündeten. Die deutsche Regierung habe die Fortschaffung der Bücher des Kohlenfondikats aus Essen begünstigt, weil sie jedenfalls „Beweise für die Verfehlungen“ des Deutschen Reiches enthielten. (Zuruf: Dann holen Sie sie doch in Hamburg.) Gestern haben unsere Truppen die englische und amerikanische Besatzungszone durchschritten und sind überall im Geiste voller Kameradschaft aufgenommen worden. Zweifelsohne zwingt uns das Beiseitegehen Englands, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben die deutsche Regierung benachrichtigt, daß es sich um kein Vergehen militärischer Art handelt. Wir haben von unseren Soldaten nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht, um die Tätigkeit unserer Ingenieure zu unterstützen. Verheimlichen wir uns aber nicht, daß wegen des Versagens Englands diese Pfandnahme weniger „produktiv“ sein wird. (Abkl.) Aber geringe Zahlungen sind immer noch mehr als gar nichts. Die Regierung glaube, unter schwierigen Umständen den Wünschen des Landes entsprochen zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Kammer hat mit 478 gegen 86 Stimmen die vorliegenden Anträge über die Ruhrbesetzung und die auswärtige Politik der Regierung auf den ersten Freitag im Monat Februar vertagt.

Im Senat hat Ministerpräsident Poincaré die gleichen Erklärungen wie in der Kammer abgegeben. Der Senat hat beschlossen, daß diese Rede im ganzen Lande veröffentlicht und angehängt werde.

Poincarés Presse

Paris, 12. Jan. Der Verlauf der gestrigen Kammer Sitzung wird seit von der gesamten Presse als eine imposante Kundgebung bezeichnet. Es wird in den Blättern hervorgehoben, daß der Regierung mit großer Mehrheit das Vertrauen für ihre Politik ausgesprochen worden sei. Einzelne rechtsstehende Blätter hätten gemünzt, daß die Kundgebung für die Handlung der Regierung noch größer gewesen sei. Andere Blätter stellen die Resonanz der Sitzung fest, die die Notwendigkeit, die man früher bei ähnlichen Gelegenheiten, wenn es sich darum gehandelt habe, zu handeln, gezeigt habe, vermissen ließ. Die sozialistischen Blätter geben ihren Unmut über die Reden Poincarés Ausdruck und erklären, daß man jetzt, um von Deutschland das Fehlende zu erhalten, die Allianz mit England gebrochen und die Vereinigung mit den Ver. Staaten hervorgerufen, das Vertrauen in Europa verstärkt und die Möglichkeit für die Aufnahme einer internationalen Anleihe und für die Tilgung der Schulden Frankreichs mit seinen Alliierten hingehalten habe. Es sei daher kein Wunder, daß die Sozialisten und Kommunisten sich gemeinert hätten, der Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Der französische Gewaltakt

Die richtige Antwort

Essen, 12. Jan. Ueber die Besetzung Essens wird noch ergänzend gemeldet, daß gestern nachmittag die französischen Truppen von den äußeren Stadtbezirken aus nach dem Zentrum der Stadt marschierten. Um 2.10 Uhr kamen sie in der Nähe des Bahnhofes an. Eine Reihe öffentlicher Gebäude wurde besetzt, zuerst die Post und der Bahnhof. Die Post wurde sofort geschlossen und der Verkehr längere Zeit unterbrochen, insbesondere der Fernsprech- und Telegraphenverkehr eingestellt. Die Personen, die sich bei der Besetzung der Post im Gebäude befanden, wurden festgehalten und nach etwa einer Stunde wieder freigelassen. Unter den Festgenommenen befand sich auch der Vertreter der Associated

Press. Das Kohlenyndikat, das sich ebenfalls in der Nähe des Bahnhofes befindet, wurde durch eine größere Kavallerieabteilung sofort besetzt. Danach rückten neue Truppen ein, wodurch der Verkehr auf den Straßen längere Zeit lahmgelegt wurde. Die Bevölkerung verhielt sich vollkommen schweigend. Die Geschäfte in der Stadtzentrale waren ebenso wie in den Außenbezirken geschlossen. Die einziehenden Truppen marschierten auf den Rathhausplatz. Der die Truppen führende französische General Raupond erschien vor dem Rathaus und schickte den Hausmeister zu Oberbürgermeister Dr. Luther mit dem Befehl, der Oberbürgermeister möge herunterkommen und ihn auf den Stufen des Rathhauses empfangen. Dr. Luther ließ dem General sagen, daß er in seinem Dienstzimmer zu sprechen sei. Nach einigem Warten bequeme sich der General, Dr. Luther in seinem Amtszimmer aufzusuchen. Der französische General teilte diesem mit, daß er im Auftrage seiner Regierung gewisse Maßnahmen in Essen durchzuführen habe, insbesondere die Besetzung öffentlicher Gebäude. Er beabsichtige, einen Teil der Truppen wieder zurückzuziehen, wenn die Besetzung durchgeführt und die Ruhe und Ordnung nicht gefährdet würden. Oberbürgermeister Dr. Luther erklärte, er füge sich nur unter dem Zwange der militärischen Gewalt, und erhob namens der Stadtverwaltung gegen die Ausübung dieser Gewalt Einspruch. Der General nahm die Verärgerungen des Oberbürgermeisters schweigend zur Kenntnis. Die französischen Truppen verbleiben nach ihrem Eintreffen in Essen sofort einen Aufbruch des Generals Dezaube, in dem mitgeteilt wird, daß im Ruhrgebiet französische und belgische Truppen stationiert werden und daß der Belagerungszustand über das ganze von diesen Truppen neu besetzte Gebiet verhängt wird. Weiter wird mitgeteilt, daß die deutschen Gesetze in Kraft bleiben, insbesondere die Sozialgesetz, und daß der Arbeitsdienst beibehalten werden soll. Die Presse werde nicht zensuriert, doch würden Artikel, die zu Aufrührungen aufrufen oder Befehligungen der Besatzungstruppen enthielten, bestraft. Schließlich werden Mitteilungen über die Kriegsgerichte gemacht.

Ueber das neue Besetzte Gebiet wurde der Belagerungszustand verhängt.

Gestern abend besetzten die Franzosen auch Gelsenkirchen.

Ist das die Einheitsfront?

Berlin, 13. Jan. Der Berliner sozialdemokratische Vizepräsident Richter hat gestern früh die für den kommenden Sonntag im Lustgarten geplante große Kundgebung der bürgerlichen Parteien gegen die Besetzung Essens auf Grund des Schutzes, das Verammlungen unter freiem Himmel wegen Gefährdung der Republik unterliegt, verboten. Diese merkwürdige Entscheidung wurde von dem Minister des Innern in Preußen, Seoding, bestätigt. Inzwischen ist aber auf Veranlassung des Reichskabinetts das Verammlungsverbot aufgehoben worden.

Eine Kundgebung der christlichen Gewerkschaften

Berlin, 12. Jan. Die Christlich-Nationalen Gewerkschaften haben folgenden Aufruf erlassen:

Der von den Franzosen und Belgiern begangene Rechtsbruch und Gewaltakt hat im Lande große Empörung ausgelöst. In einem besonderen Aufruf an seine Mitglieder hat der deutsche Gewerkschaftsbund den Gewaltakt gebührend gekennzeichnet und zum schärfsten Protest gerufen. Nicht genug kann das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft die Stimme gegen Anordnung und Verschleppung erheben. Im Lande werden am Sonntag Kundgebungen stattfinden. Auch da, wo solche Kundgebungen nicht von der Christlichen Arbeiterschaft veranstaltet werden, fordern wir unsere Mitglieder auf, an gemeinsamen Kundgebungen der Bevölkerung vollständig teilzunehmen und tatkräftig mitzuwirken.

Geschäft ist Geschäft

London, 12. Jan. Die „Times“ berichten über die gestrige Sitzung des britischen Kabinetts, die britische Politik bleibe unverändert. Diese Politik habe sich gegen die französischen Anträge nicht abweichend verhalten, jedoch nicht aus Sympathie für die Deutschen, sondern weil man der Ansicht sei, daß vom geschäftsmäßigen Standpunkt aus gesehen, der augenblickliche französische Plan unpraktisch und daß er in politischer Beziehung vielleicht gefährlich sei. Sollte Frankreich in der Lage sein, bares Geld und die übrigen Wiedergutmachungen, die es von Deutschland wolle, durch die Methoden zu erlangen, die es jetzt anwende, so würde England umgestürzt seinen Irrtum eingestehen. Da dies die Ansicht Englands sei, so tue es sein Bestes, um dafür zu sorgen, daß seine Absonderung von Frankreich zu keinerlei Reibungen führe, sei es in Rheinland oder sonstwo. — Dem entspricht auch das Verhalten der Engländer in der Vorkämpferkonferenz, der Reparationskommission und den sonstigen ungeschätzten Kontrollkommissionen. Die „Times“-Berichterstattung gibt wieder einmal typisch die rein geschäftsmäßige Auffassung wieder, die die englische Politik von jeher ausgezeichnet hat und der sie auch ungewöhnlich — große Erfolge zu verdanken hat.

Amerikanischer Standpunkt

Neu-York, 12. Jan. Ein Washingtoner Telegramm des „Globe“ bringt Auszüge aus dem Leitartikel der „Washington Post“, die allgemein als Sprachrohr der Regierung angesehen wird. In diesem Leitartikel legt die „Washington Post“ klar, daß eine Revision des Versailles Vertrags notwendig sei, wenn in Europa Frieden herrschen solle. Der Leitartikel charakterisiert den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet als einen großen Fehler, dessen Folgen sich wahrscheinlich für Frankreich schädlicher als für Deutschland erweisen würden, und fordert die Einberufung einer zweiten Friedenskonferenz, die den Friedensvertrag revidieren solle, an der die Vereinigten Staaten unter der Bedingung teilnehmen würden, daß eine klare Verständigung mit den Mächten über die Natur und das Ziel der Revision stattfinde. (Wie oft hat man solche amerikanischen Vernunftstimmen gehört. Seit Wilsons 14 Punkten müssen wir uns aber von Amerikas Hilfe entkultivieren. D. Schriftl.)

Die Kohlenversorgung

Essen, 12. Jan. Es wird bereits fühlbar, welche Störung die Abwanderung des Kohlenyndikats, das bisher den Absatz, die Verteilung und die Abförderung der Kohlen des

ganzen Ruhrgebiets leitete, für die Kohlenwirtschaft haben wird. Die „verbündeten Ingenieure“ sind entfernt nicht imstande, den Kohlenverkehr zu organisieren. Wenn bis jetzt noch keine größere Störung eingetreten ist, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß ein kleiner Teil der Syndikatsbeamten für alle Fälle in Essen zurückgeblieben ist, während 4 Direktoren und 650 Beamte sich in Hamburg befinden. Die Reichsregierung hat die weitere Kohlenabgabe an die vertragsbrüchigen Staaten unterlagert, es ist indessen noch nicht zu übersehen, inwieweit die Beamten dem Befehl Folge leisten können. Der Reichskohlenkommissar hat bekannt gegeben, daß das Reich für Kohlen, die als Entschädigungslieferung an Frankreich oder Belgien geliefert werden, oder für deren Transport auf der Eisenbahn oder zu Wasser keine Zahlung mehr leisten. Die Kohlen sollen, soweit sie Eisenbahnkohlen sind, der Reichseisenbahn, die Gas-, Elektrizitäts- und Hausbrandkohlen aber ins besetzte Gebiet und nach Süddeutschland verfrachtet werden.

Weitere Syndikatsverlegungen

Bochum, 12. Jan. Der Benzolverband, der Karamontary- und der Deutsche Ammoniak-Verkaufsverein haben ihre Bureau von Bochum außerhalb des Besetzungsgebietes wegverlegt.

Württemberg

Die württ. Regierung zum Franzoseneinmarsch

An das württembergische Volk!

Die Franzosen sind in das Ruhrgebiet einmarschiert. Die Gefühle, die unser Volk gegenüber diesem Gewaltakt und Vertragsbruch empfindet, und die Räte, die unsere Brüder in dem betroffenen Gebiet bedrängen, sind in dem in der Presse veröffentlichten Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk und in der Kundgebung des Staatspräsidenten dargelegt.

Wenn nun am nächsten Sonntag das gesamte deutsche Volk der Not des Vaterlandes und der bedrängten Volksgenossen in Trauer gedenkt, so ist kein Raum für Vergnügungen irgend welcher Art. Die Räume für Luftfahrten bleiben daher am Sonntag, den 14. Januar 1923 geschlossen.

Staatsministerium.

Hieber. Holz. Keil. Schall.

Reichstrauertag

Das Evangelische Konjunkturium hat die Pfarrämter angewiesen, für den nächsten Sonntag als allgemeinen Reichstrauertag ein dreimaliges Beten der Trauergebeten zu veranstalten und im allgemeinen Kirchengebiet der vaterländischen Not noch ganz besonders zu gedenken. Den Pfarrämtern wurde auch anheimgegeben, in der Predigt, angesichts der neuen Verewaltigungen, zu ernster Haltung, einmütigen Zusammenstehen und unzerbrochenem Göttervertrauen zu ermahnen. — In dem Erlass des Bischöflichen Ordinariats zu Rottenburg heißt es: Am nächsten Sonntag soll das ganze deutsche Volk laut und gemeinsam vor aller Welt Klage führen über das neue schwere Unrecht, das ihm durch den plötzlichen Einmarsch feindlicher Heere und durch die militärische Besetzung weiterer Gebiete des deutschen Landes zugefügt wurde. Die Glöden sollen unsere schmerzliche Klage zum Himmel tragen und auch beim Gottesdienst wollen wir unsere Not im Gebet vor Gott bringen. Wir verordnen daher wie folgt: 1. Am Sonntag soll morgens nach dem Hauptgottesdienst, mittags um 12 Uhr und nach dem Abendgottesdienst eine Viertelstunde lang mit allen Glöden geklutet werden. 2. Von der Kanzel soll der neuen Heimtückung Erwähnung geschehen und das Volk zum Gebet ermahnt werden. 3. Mittags ist die Kundacht „In Räten und Anliegen“ nach dem Geländebuch abzuhalten.

Stuttgart, 12. Jan. Vom Rathaus. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats gab Oberbürgermeister Lautenschlager dem deutschen Volk vor dem widerlich heuchlerischen Gebahren der französischen Regierung kräftigen Ausdruck. Er teilte ferner mit, daß der vor einem halben Jahr neu aufgestellte städtische Haushaltsplan mit einer Ausgaben-summe von 2 Milliarden Mark sich inzwischen verzehnfacht habe.

Stuttgart, 12. Jan. 3 1/2 Millionen Strafe wegen Steuerhinterziehung. Laut Bekanntmachung des Finanzamts Stuttgart-Stadt ist gegen den Viehhändler Albert Strauß in Gabelberg auf eine Geldstrafe von 2 720 900 Mk. wegen Reichs Einkommensteuerhinterziehung und von 820 000 Mk. wegen Reichsumsatzsteuerhinterziehung rechtskräftig erkannt worden.

Stuttgart, 12. Jan. Erhöhung des Brot- und Mehlprieises. Infolge der Erhöhung der Preise für Unlagereide und wegen der Notwendigkeit der Beschaffung größerer Mengen Getreide aus dem Ausland mußten die Preise für Reichsgetreide und für Reichsgetreidemehl um mehr als das Doppelte erhöht werden. Demgemäß erhöht sich auch der Preis für das Markenbrot und Markenmehl. Es folgte ab Dienstag, den 16. Januar, der Zweifelpfundlaib 285 Mk. das Pfund Markenmehl 165 Mk.

Waldbad, 13. Jan. Stiftungen für Jugendherbergen. Die Stadtgemeinde Waldbad hat zum Ausbau der Jugendherberge des Stillschwarzwald in Waldbad im Oktober v. J. 37 Kubikmeter Holz im damaligen Wert von 500 000 Mark unentgeltlich zur Verfügung gestellt und zur Fertigstellung neuerdings 23 Kubikmeter im Werte von 4 Millionen Mark anzuweisen.

Oberndorf, 12. Jan. Für die Pensionäre. Die Geschäftsleitung der Waffenfabrik Kauter hat den Pensionären und Pensionärwitwen zu Weihnachten schöne Spenden zusammen lassen. Zum gleichen Zweck haben die Beamten und Arbeiter dieser Firma durch eine Sammlung die ansehnliche Summe von 161 000 Mark zusammengebracht.

Tullingen, 12. Jan. Rascher Tod. Oberamtsgeometer August Wolf wurde beim Bestiegen des Eisenbahnzugs von einem lödlichen Schlaganfall betroffen.

Vom Lande, 13. Jan. Rabenplage. Gegenwärtig macht man oft die Beobachtung, daß die Raben (Sackfräßen) den jungen Saaten großen Schaden zufügen, indem sie die Körner aus dem Boden fressen. Es wäre daher zu begrüßen, wenn unsere Jagdpächter unter der Rabenschar etwas aufzuringeln würden.

Der M...
das unter...
nordbürger...
selben Bürd...
Kuß und M...
keinen Meiß...
Anblick er...
In...
tatsung...
mit Fürfor...
Nr. 3 von...
Ragelb" n...
es Heren...
behandelt...
Sozialinter...
konstigen...
Gewinde u...
Not der Be...
sonnigste...
Höre gong...
Fürforge...
In der...
meindrats...
Zulassung...
sammlung...
die Summe...
Oben we...
Sachlich...
herzlich...
man läßt...
erste Gabe...
verteilt w...
von der Be...
Belangen...
zur Re mit...
neues Sam...
uns auch...
mit weiden...
bat. Dem...
legten Som...
je für die...
Dant a-lag...
Frau W...
O. Zaf...
Nikert...
Friedrich...
= 73 682...
im Juni...
im emar...
Frau S. H...
Derr G. E...
Frau G. S...
S. Sch...
Derr J. G...
Frau J. W...
Derr R. S...
D. De...
Frau S. H...
Ein Fr...
Frau Sch...
H. Luise...
Derr S...
D. Sch...
I Sch...
von Frau...
In Nr. 26...
Juli 1922...
Schulheer...
den Raab...
aufgeh...
geben. U...
nerna und...
sämtliche...
Die Stad...
1500 Mk...
auf Weh...
den im O...
2500 und...
gemeinde...
gewede im...
weise ange...
Es ist dire...
Gemein...
druck und...
wiederge...
Schw...
— Infol...
Mittags...
dreifach...
Bage und...
scher Frem...
hat auf...
reife Sp...
Auf eine...
häusliche...
Frau für...
zu best...
Schrift...
werden...
mitteln...
den von...
50 Mk...
30 Mutter...
und unent...
Für bedürf...

